



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 17. Oktober 2001 (22.10)
(OR. fr)

12906/01

PUBLIC 9

TRANSPARENZ

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
SEPTEMBER 2001

Dieses Dokument enthält folgende Texte:

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im August 2001 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt.
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im August 2001 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "TRANSPARENZ" - "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-mail unter der Adresse "transparency@consilium.eu.int" angefordert werden.

¹ mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

SEPTEMBER 2001			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 7. September 2001 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt	PE-CONS 3648/01	113/01, 114/01, 115/01, 116/01	qualifizierte Mehrheit
2370. Tagung des Rates (Justiz, Inneres und Katastrophenschutz) am 27. September 2001 Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Dänemarks, die Verbrauchsteuer auf Benzin zu staffeln, das von Tankstellen abgegeben wird, die bestimmte Ausrüstungs- und Betriebsnormen erfüllen (Verfahren gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG)	11063/01 + COR 1 (en)		Einstimmigkeit
2371. Tagung des Rates (Binnenmarkt, Verbraucher, Tourismus) am 27. September 2001 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel	PE-CONS 3642/01 + COR 1 (de)		qualifizierte Mehrheit

SEPTEMBER 2001				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL	
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel	PE-CONS 3643/01 + REV 1 (de) + REV 1 COR 1 (de) + COR 2 (sv) + COR 3 (sv)	117/01	qualifizierte Mehrheit	
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe	PE-CONS 3641/01 + COR 1 + REV 1 (fi) + REV 2 (el)	118/01, 119/01	Enthaltung F, I qualifizierte Mehrheit	
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft	PE-CONS 3640/01 + COR 1 (fr,it,sv) + REV 1 (fi) + REV 2 (el)	120/01	qualifizierte Mehrheit	
Verordnung des Rates mit Kontrollmaßnahmen für die Befischung bestimmter Bestände weit wandernder Arten	10468/01		qualifizierte Mehrheit	
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die allgemeine Produktsicherheit	PE-CONS 3644/01 + COR 1 (en)		qualifizierte Mehrheit	

ERKLÄRUNG 113/01**Erklärung des Vereinigten Königreichs betreffend obligatorische Ziele (Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie)**

"Das Vereinigte Königreich erklärt, dass die Aufnahme obligatorischer Ziele in die Richtlinie nicht impliziert, dass das Vereinigte Königreich den Grundsatz obligatorischer Ziele akzeptiert oder einem etwaigen Vorschlag der Kommission nach Artikel 3 Absatz 4 zustimmen wird."

Die luxemburgische Delegation hat festgestellt, dass sie sich der Erklärung der britischen Delegation zu den verbindlichen Zielen (Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie) anschließt.

ERKLÄRUNG 114/01**Erklärung Finnlands betreffend obligatorische Ziele (Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie)**

"Finnland erklärt, dass die Aufnahme von gegebenenfalls obligatorischen Zielen in diese Richtlinie nicht impliziert, dass Finnland den Grundsatz obligatorischer Ziele akzeptiert. Sollte die Kommission einen Vorschlag nach Artikel 3 Absatz 4 vorlegen, so müsste eine Rechtsgrundlage für diesen Vorschlag gewählt werden, die den Umstand, dass obligatorische Ziele die Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energierversorgung weitgehend präjudizieren könnten, berücksichtigen würde."

ERKLÄRUNG 115/01

Erklärung Portugals betreffend obligatorische Ziele (Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie)

"Portugal erklärt, dass die Aufnahme von gegebenenfalls obligatorischen Zielen in diese Richtlinie nicht impliziert, dass Portugal den Grundsatz obligatorischer Ziele akzeptiert.

Sollte die Kommission einen Vorschlag nach Artikel 3 Absatz 4 im Hinblick auf eine Anpassung der auf verifizierten Wetterbedingungen (z.B. jährliche Niederschlagsmenge und Windverhältnisse) beruhenden Mechanismen für die Zielwerte vorlegen, so müsste dies bei der Wahl der Rechtsgrundlage für diesen Vorschlag berücksichtigt werden."

ERKLÄRUNG 116/01

Erklärung des Vereinigten Königreichs zu dem vorangigen Netzzugang (Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie)

"Das Vereinigte Königreich erklärt, dass der letzte Satz des Artikels 7 Absatz 1 weit auszulegen ist und dass der "Betrieb des nationalen Stromnetzes" auch nationale Stromhandelsnetze mit einschließt."

ERKLÄRUNG 117/01

Erklärung der Kommission

"Die Kommission erklärt, dass der Prüfung der für homöopathische Arzneimittel anzuwendenden Pharmakovigilanzmodalitäten bei den künftigen Erörterungen im Europäischen Parlament und im Rat über die Vorschläge zur Änderung dieser beiden Richtlinien zur Schaffung von Gemeinschaftskodizes für Humanarzneimittel und Tierarzneimittel besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Kommission hebt diesbezüglich hervor, dass die geltenden Rechtsvorschriften, die Gegenstand der Kodifizierung sind, durch diese kodifizierten Texte in keiner Weise geändert werden und dass daher auch keine Änderung der einzelstaatlichen Vorschriften zur Umsetzung dieser Vorschriften erforderlich ist."

ERKLÄRUNG 118/01

Erklärung der deutschen Delegation

"Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass für Deutschland niedrigere Emissionshöchstmengen als die, die im Gemeinsamen Standpunkt des Rates festgelegt worden sind, ab dem Jahre 2010 im Rahmen der Fortentwicklung der Richtlinie nur dann mit vertretbarem Aufwand erreicht werden können, wenn durch gemeinsame und koordinierte Politiken und Maßnahmen im EU-Rahmen die notwendige Unterstützung gewährt wird."

ERKLÄRUNG 119/01

Erklärung der französischen Delegation

"Die französische Delegation hat zum Zustandekommen des Gemeinsamen Standpunkts des Rates betreffend die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen beigetragen, wobei sie von allen Mitgliedstaaten die meisten Anstrengungen zur Reduzierung der Emissionen entsprechend dem Göteborg-Protokoll der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa unternommen hat.

Im Gemeinsamen Standpunkt über die nationalen Emissionshöchstmengen wurde vom ursprünglichen Kommissionsvorschlag, insbesondere wegen der allgemein erkannten Unsicherheit seiner wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, abgewichen.

Die französische Delegation kann deshalb nicht akzeptieren, dass dieser Vorschlag - sei es auch nur in unverbindlicher Form, als Zusammenfassung oder in Teilen - wieder aufgegriffen und bei der Überarbeitung der Richtlinie in der einen oder anderen Weise zugrunde gelegt wird.

Bei der Vermittlung im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen konnte am selben Tag Einvernehmen über die Überarbeitung der Richtlinie über Großfeuerungsanlagen erzielt werden, wobei insbesondere - wie vom Parlament beantragt - harmonisierte Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen der bestehenden Anlagen angenommen wurden.

Frankreich hatte bei den Beratungen über die nationalen Höchstmengen grundsätzlich die Auffassung vertreten, dass harmonisierte Maßnahmen zur Verringerung der Hauptquellen der Luftverschmutzung erforderlich seien.

Folglich zieht Frankreich es vor, sich trotz der erreichten Annäherung zwischen den Standpunkten des Parlaments und des Rates bei der Abstimmung über das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zur Richtlinie über die nationalen Emissionshöchstgrenzen zu enthalten."

ERKLÄRUNG 120/01

Erklärung der italienischen Delegation

"Italien möchte sich im Bemühen um eine konstruktive und kooperative Haltung der im *Vermittlungsausschuss* erzielten Einigung über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 88/609/EWG zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft nicht verschließen, ist sich aber dennoch nicht schlüssig, inwieweit die für die Verwendung fester Brennstoffe zugestandenen Abweichungen mit der allgemeinen Umweltpolitik der Europäischen Union und mit deren Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Erreichen der CO₂-Reduktionsziele tatsächlich in Einklang zu bringen sind."

SEPTEMBER 2001	
ANDERE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 12. September 2001 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren nicht nachfüllbarer Taschenfeuerzeuge mit Feuerstein für Gas mit Ursprung in der Volksrepublik China und versandt über oder mit Ursprung in Taiwan und auf die Einfuhren bestimmter nachfüllbarer Taschenfeuerzeuge mit Feuerstein mit Ursprung in der Volksrepublik China und versandt über oder mit Ursprung in Taiwan Dok. 11436/01	
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 17. September 2001 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (Zugangsrichtlinie) Dok. 10418/01 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Genehmigungsrichtlinie) Dok. 10419/01 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 17. September 2001 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) Dok. 10421/1/01 REV 1 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) Dok. 10420/01 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Lebensmittelbehörde und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit Dok. 10880/01 + ADD 1	

SEPTEMBER 2001	
ANDERE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über unerwünschte Stoffe in der Tierernährung Dok. 10593/01 + COR 1 + ADD 1 Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 24. September 2001 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Internationalen Kaffee-Übereinkommens 2001 im Namen der Gemeinschaft Dok. 11953/01 2370. Tagung des Rates (Justiz, Inneres und Katastrophenschutz) am 27. September 2001 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 194/1999 zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren von Hartplatten mit Ursprung in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Russland und zur endgültigen Vereinnahmung der vorläufigen Zölle Dok. 11538/01 Verordnung des Rates zur Einstellung der Antidumpingüberprüfung betreffend die mit der Verordnung (EG) Nr. 2042/2000 eingeführten endgültigen Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Fernsehkamerasystemen mit Ursprung in Japan Dok. 11748/01 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan über die gegenseitige Anerkennung Dok. 10329/01 + COR 1 (sv), 6260/2/01 REV 2 EntschlieÙung über den Beitrag der Zivilgesellschaft bei der Suche nach vermissten oder sexuell ausgebeuteten Kindern Dok. 9004/3/01 REV 3 + COR 1 (fr)	

SEPTEMBER 2001	
ANDERE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2371. Tagung des Rates (Binnenmarkt, Verbraucher, Tourismus) am 27. September 2001 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG des Rates zur Festlegung der höchstzulässigen Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr Dok. 9068/01 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft Dok. 11076/01 + COR 1 (nl) + ADD 1	
